

Momentum 2021

Track: Zukunft der Arbeit zwischen Dystopie und Utopie

**Ulrich Schachtschneider**

**Grundeinkommen:**

**Gastliches Umfeld für mehr „Sein“ in der Erwerbsarbeit?**

In dem Beitrag geht es darum, in welcher Weise ein universelles Grundeinkommen die Möglichkeit zur Realisation einer „Seins-Orientierung“ (Erich Fromm 1979), in der Erwerbsarbeit stützen könnte. Dabei wird davon ausgegangen, dass zur Verwirklichung einer solchen „Seins“-Qualität der Arbeit, die nicht nur für das „Gute (Arbeits-)Leben“, sondern auch für die Anerkennung der Einzelnen in der Gesellschaft elementar ist, zumindest die Option auf Zeit Haben bzw. „Zeitwohlstand“ auch in der Erwerbsarbeit vorhanden sein muss.

Für den staatlichen Sektor kann diese Qualität von „guter Arbeit“ im Prinzip durch ein - politisch gestütztes - entsprechendes Arrangement der Arbeitsbedingungen ermöglicht werden. Was aber ist mit marktförmig organisierter Erwerbsarbeit? Lässt nicht der Konkurrenzdruck ein solches Ansinnen als obsolet erscheinen? Oder anders ausgedrückt: Ist Zeitwohlstand dort überhaupt denkbar, solange Kapitalismus existiert, der wie kein anderes Wirtschaftssystem ohne Rücksicht auf menschliche und stoffliche Verluste die Formel „Zeit ist Geld“ durchsetzt und Motor eines umfassenden gesellschaftlichen „Beschleunigungszirkels“ (Hartmut Rosa) ist?

Zur Beantwortung dieser Frage nach Möglichkeiten einer Reduzierung von Beschleunigungszwängen in der Erwerbsarbeit werden in dem theoretisch argumentierenden Beitrag zwei Ansätze erörtert:

Zum einen könnte eine regulative Rahmung des Marktes in Richtung eines größeren Anteils von Ressourcenabgaben im Verhältnis zu Arbeitskosten für ein verringertes Gewicht des Zeitaufwands in der unternehmerischen Kalkulation sorgen und so den Druck zur Beschleunigung verringern.

Zum anderen wird dargelegt, in welcher Weise der diesen Zeitwohlstand unterminierende kapitalistisch dominierte Markt selber durch ein universales Grundeinkommen zurückgedrängt würde. Ausgehend von „Pfadern gesellschaftlicher Ermächtigung“, wie sie bei Erik Olin Wright als antikapitalistische Strategien konzipiert werden, wird gezeigt, dass ein Grundeinkommen einige dieser Wege stärken könnte.

Zum Schluss wird kurz angerissen, welche Kerne einer Befreiung der (Erwerbs-)Arbeit von Beschleunigungszwängen heute schon im Ansatz sichtbar sind, mit welchen Schritten diese Erfahrungen und Praxen gesellschaftlich verbreitert werden könnten und welche Allianzen mit der Klimaschutzbewegung möglich sind.

## **I Mit Grundeinkommen zu mehr „Sein“ in der (Erwerbs-)arbeit**

In welcher Weise auch immer wir uns eine weniger entfremdete Arbeit vorstellen, die Wahlfreiheit eines universellen Grundeinkommens<sup>1</sup> stärkt die Möglichkeit, unser (Erwerbs-)Arbeitsleben in der „Existenzweise des Seins“ (Fromm 1979) zu führen: „Voller Freude“ unsere Fähigkeiten für andere nutzen und uns dabei selbst entwickeln – dies können wir eher, wenn wir uns mit dem Produkt und seiner Herstellungsweise identifizieren können.

Mehr „Sein“ in der (Erwerbs-)Arbeit ist die Basis für die Realisierung unseres elementaren Bedürfnisses nach Resonanz: Nur wer durch frei gewählte Tätigkeiten Selbstwirksamkeitserfahrungen macht, kann auf dieser Identitätsgrundlage mit der dinglichen und sozialen Welt in einen inspirierenden Austausch treten (Hartmut Rosa).

Nach dem Sozialphilosophen Axel Honneth ist zudem für die Konstitution und Stabilität posttraditionaler bürgerlich-moderner Gesellschaft eine gegenseitige Anerkennung der Subjekte auf drei Ebenen elementar: Sie

---

<sup>1</sup> Mit universellem Grundeinkommen (auch: bedingungsloses Grundeinkommen, im weiteren Text einfach „Grundeinkommen“ genannt) ist hier gemeint: eine monatlicher Zahlung an alle Bewohner, die 1) ohne Bedürftigkeitsprüfung 2) ohne Gegenleistung 3) als individuelles Recht und 4) in ausreichender Höhe zur Abdeckung basaler materieller und immaterieller Bedürfnisse (Teilhabe) gegeben wird.

brauchen sie emotionale in Intimbeziehungen/Familie/Freundschaften, als rechtliche in der Politik, und als soziale durch den solidarischen Austausch ihrer Beiträge für die Gesellschaft, wesentlich ihrer Arbeitsprodukte. Für letzteres ist wichtig, dass die Einzelnen nicht irgendwelche Arbeitsbeiträge für andere/ für die Gesellschaft leisten, sondern solche, zu denen sie sich als besonders befähigt/berufen sehen: Die soziale Wertschätzung bezieht sich auf die „besonderen Eigenschaften, durch die Menschen in ihren persönlichen Unterschieden charakterisiert sind“. (Honneth 1982: 197). Die Anerkennung ist daher gekoppelt an die Gewissheit, einen ihnen angemessenen spezifischen Beitrag zum gesellschaftlichen Ganzen geleistet zu haben. Einem Wissenschaftler etwa würde es nichts bringen, wenn er für das Ausheben von Gräben Anerkennung erfährt.

Auch die Forschungen der Sozialpsychologin Marie Jahoda („Die Arbeitslosen von Marienthal“) weisen darauf hin, dass Arbeit nicht nur ökonomischen Zwecken dient, sondern zentrale „latente“ Qualitäten wie die „Strukturierung des Tages in Phasen der Erwerbsarbeit und der Nicht-Erwerbsarbeit, Horizonterweiterung über die Familie hinaus, Erfahrungen mit Kooperation am Arbeitsplatz, Status in der Gesellschaft sowie die Anbindung an die soziale Realität“<sup>2</sup> mit sich bringen kann.

Entsprechend lautet ein häufig vorgebrachtes Gegenargument gegenüber der Grundeinkommensforderung, dass Menschen Arbeit brauchen, ihnen das Grundeinkommen aber die Abschaffung der Arbeit „anbietet“. Dies ist zwar mit Grundeinkommen prinzipiell eher möglich, sofern den Einzelnen das Grundeinkommen finanziell ausreicht. Da die Menschen aber arbeiten wollen, was empirisch und theoretisch gut belegt ist, werden sie die neue Wahlfreiheit nicht für einen Ausstieg aus der Arbeit nutzen. Vielmehr geht es um Befreiung der Arbeit von Entfremdung. Allerdings – und hier gibt es große Differenzen zur klassischen Sozialdemokratie – muss Arbeit mit ihrer ganzen Sinnhaftigkeit für das Individuum, also um Struktur, Selbstwirksamkeit, Anerkennung und Resonanz zu erfahren, nicht a priori als Erwerbsarbeit konzipiert werden.

Im Kapitalismus ist, so Andre Gorz, das Bedürfnis nach gesellschaftlicher Anerkennung durch Arbeit verwirrend verkoppelt mit dem Bedürfnis nach

---

<sup>2</sup> Hofmann, J./ Hubmann, G. 2019: Mit Marie Jahoda Entwicklungen in der Arbeitswelt analysieren <https://awblog.at/marie-jahoda-entwicklungen-arbeitswelt/> [Abruf 19-09-2021]

Einkommen: „Das Bedürfnis zu werken, zu wirken und anerkannt zu werden, wird dazu benutzt, um unter der Hand das Bedürfnis nach einer Bezahlung für alles, was man tut, einzuschleusen.“<sup>3</sup> Der Bruch mit der Arbeitsgesellschaft, der durch ein Grundeinkommen beflügelt wird, besteht Gorz zufolge darin, „dass das Bedürfnis, zu handeln und gesellschaftlich anerkannt zu werden, sich von bezahlter und fremdbestimmter Arbeit unabhängig macht, dass die Arbeit sich aus der Herrschaft des Kapitals befreit [...]“

Grundeinkommen ermöglicht eine freiere Wahl der Form der Arbeit: Einige werden sich weiterhin für Erwerbsarbeit entscheiden, andere nicht-monetäre Formen der Arbeit wie Gemeinschaftsarbeit, Bürgerarbeit, zivilgesellschaftliches Engagement präferieren.

Die gegenseitige Anerkennung als Beitrag zur gemeinsamen Gesellschaft ist in diesen Formen genauso möglich, auch wenn sie heute mehrheitlich noch an das Leisten von Erwerbsarbeit gekoppelt ist. Dies hat aber mit der hegemonialen Rezeption von Erwerbsarbeit als einziger „richtiger“ Arbeit zu tun: Keiner soll aus den kapitalistischen Verhältnissen so einfach fliehen können. Mit ihrer Zurückdrängung wird sich aber genau diese Norm ändern und sich die Chance öffnen, dass eine Vielfalt von Arbeitsformen als Beitrag zur Gesellschaft gleiche Anerkennung findet.

## **II Sein braucht Zeitwohlstand braucht ökonomische Ermöglichung**

„Seins-Orientierungen“ in der Arbeit – nach Fromm das Sorgen für Menschen und Gegenstände („Lieben“), die eigene Entwicklung und Gestaltung von Produkt und Produktion („freudige Aktivität“ statt „Geschäftigkeit“) sowie der persönliche Entwicklungsprozess im Rahmen einer Tätigkeit mit hohem Qualitätsanspruch („Werden“) - sind zeitaufwändig. Diejenigen Unternehmungen, die auf diese Seins-Orientierungen Wert legen, werden höhere Arbeitskosten haben. Um ökonomisch gegen die Schnellen bestehen zu können, dürfen diese Mehr-Arbeitskosten aber weniger ins Gewicht fallen als die Einsparung an Ressourcenkosten, die sie durch ihre zeitaufwändige Gründlichkeit oder ökologische Achtsamkeit erreichen. Die energetisch gut überlegte und mit Muße ausgeführte Renovierung eines Gebäudes etwa wird dann

---

<sup>3</sup> Gorz, Andre 2000: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Zitiert nach Blaschke et al (Hg.) 2010: S.76

ökonomisch attraktiver als ein schneller „Pfuscher“ oder gar ein Neubau, die langsamere Bahnfahrt zum beruflichen Termin wird günstiger als die Flugreise und ein täglicher Besuch mit einem persönlichen Gespräch im Rahmen sorgender Pflege fällt kostenmäßig weniger ins Gewicht als der Kauf eines automatischen Medikamenten-Dosiergerätes mit Fernüberwachung und computergeneriertem „Dialog“.

Damit die durch Grundeinkommen erleichterte Realisation von Seins-Ansprüchen in der Erwerbsarbeit nicht gleichzeitig durch die wettbewerbsbedingte Zeitknappheit erschwert wird, ist es nötig, das Verhältnis von Arbeitskosten zu Ressourcenkosten zu ändern. Dies kann durch Steuern auf Ressourcenverwendung erfolgen. Das Grundeinkommen sollte daher zum größeren Teil aus Abgaben auf den Verbrauch von knappen Umweltressourcen finanziert werden – als „Ökologisches Grundeinkommen“ (ÖGE).

Langsamkeit, Partizipation und Qualität würden dadurch ökonomisch konkurrenzfähiger und damit auch die Seins-Orientierung in der Sphäre der Erwerbsarbeit. Dafür gibt es durchaus ein weitverbreitetes Bedürfnis: Viele Beschäftigte klagen, dass ihnen aufgrund des Kostendrucks immer weniger Zeit bleibt, ihre eigentlichen beruflichen Fähigkeiten und Ansprüche in Ruhe umsetzen zu können. Während eine Erhöhung der Arbeitskosten eher Arbeitsverdichtung und damit Beschleunigung zur Folge haben wird, lässt sich mit der Finanzierung des Grundeinkommens über Öko-Abgaben Entschleunigung und Partizipation, und damit wieder mehr kommunikativ bestimmte „Lebenswelt“ (Habermas) auch innerhalb des durch das allgemeine Medium „Geld“ anonym gesteuerten ökonomischen „Systems“ stützen.

Mehr Zeitverbrauch in der Arbeitswelt wäre keineswegs zwingend – vielmehr handelt es sich um eine sich neu ergebende Option. Die Entschleunigung etwa von Transport oder Produktion durch die Verschiebung der finanziellen Gewichte von Zeit- zu Ressourcenkosten wird zwar ökonomisch günstiger, doch ebenso wird die Aufrechterhaltung oder weitere Steigerung des Produktionstempos - etwa technischer Vorgänge - ökonomisch möglich sein, sofern dies von den Konsument\*innen wirklich gewünscht wird und sie dafür zu zahlen bereit sind.

Auch andersherum würden hoher Personaleinsatz und lange Arbeitszeiten keineswegs zur neuen ökonomischen Notwendigkeit. Langsamere Produktionsvarianten mit weniger Maschineneinsatz würden auch mit

Ökosteuern keineswegs per se günstiger. Wenn sie von den Produzent(inn)en als unangenehm empfunden werden, etwa das Ernten per Hand anstelle der Benutzung einer durch Ressourcensteuern teurer gewordenen Maschine, werden diese personalintensiv-langsamere Varianten im Preis steigen. Das Grundeinkommen mit seiner Macht, „Nein“ zu sagen, erlaubt es, dafür höhere Löhne zu fordern.

Ob sich Produktionen und Dienstleistungen mehr oder weniger beschleunigen, könnte unter den freiheitlichen Wahlmöglichkeiten eines Grundeinkommens stärker als heute davon abhängen, als wie nützlich und authentisch die ProduzentInnen dies selber empfinden.

### **III Den kapitalistischen Beschleunigungsimperativ umgehen?**

Natürlich lässt sich die kapitalistische Marktdynamik nicht allein durch eine Konsumentenpräferenz in Richtung Akzeptanz und Zahlungsbereitschaft für sinnstiftende Arbeit mit ausreichenden Zeitressourcen verschieben.

Dies gilt vor allem für die Produktion von Waren. Ihre Qualität kann auch mit stressigen beschleunigten Arbeitsverhältnissen sichergestellt werden, von denen der Käufer nichts mitbekommt. Anders verhält es sich bei persönlichen Dienstleistungen. Hier macht sich Zeitdruck in Form von mangelnder Qualität bei Betreuung, Beratung etc. sichtbar und dies führt tendenziell zu Marktnachteilen für die Anbieter.

Auch reicht die mit dem Grundeinkommen gesteigerte Kapazität zum „Nein“-Sagen zu als zu entfremdet empfundenen Arbeitsverhältnissen nicht aus, Arbeitsverhältnisse ohne „Seins“-Qualitäten komplett zu verunmöglichen. Ein Teil der nach Erwerbsarbeit Nachfragenden wird dazu nicht bereit sind - aus welchen Gründen auch immer. Aber für die Kapitaleseite wird es schwieriger, problematische Arbeitsverhältnisse durchzusetzen – ihre Macht dazu schwindet.

Man kann es auch so benennen: Das Grundeinkommen führt zu weniger Kapitalismus. Dafür ist die größere individuelle und (über Tarifverhandlungen) kollektive Verhandlungsmacht der Arbeit gegenüber dem Kapital nur ein Weg. Erik Olin Wright beschreibt verschiedene „Pfade gesellschaftlicher Ermächtigung“ (Wright 2017) zur Zurückdrängung des Kapitalismus. Wright geht von gemischten Wirtschaften aus, in denen staatliche, zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Macht auf die Wirtschaft,

verstanden als Allokation von Ressourcen und Kontrolle über Produktion und Verteilung, einwirken. Von Kapitalismus sei dann zu sprechen, wenn wirtschaftliche Macht bei der Bestimmung der Wirtschaft die vorherrschende Rolle spielt.

Dies bedeute andererseits, dass durch Stärkung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Macht verschiedene „Pfade gesellschaftlicher Ermächtigung“ wirksam werden können, womit Kapitalmacht zurückgedrängt wird. Wright arbeitet insgesamt acht solcher Pfade heraus, die hier nicht alle dargestellt werden sollen (Wright 2017: 195ff). Drei davon können direkt durch ein Grundeinkommen gestärkt werden:

- „Sozialer Kapitalismus“ kommt zum Tragen, wenn von der zivilgesellschaftlichen Macht ausgehend wirtschaftliche Macht beeinflusst wird, etwa durch Konsumentenkampagnen gegen unfaire und umweltschädliche Praktiken. Auch Genossenschaften oder Unternehmen mit organisierter Mitbestimmung sind Part eines „sozialen Kapitalismus“. Zumindest die innerbetrieblichen Mitbestimmungsverhältnisse sind unabhängig von wirtschaftlicher Macht. Allerdings sind solche Unternehmen als Ganzes weiter dem kapitalistischen Markt ausgesetzt.
- „Sozialwirtschaft“ nennt Wright die unmittelbare Organisation wirtschaftlicher Tätigkeit durch freiwillige Verbindungen aus der Zivilgesellschaft. Beispiele sind etwa Wikipedia oder eine „Prosumer“- Genossenschaft, die für sich selber produziert. Es wird unentgeltlich in Gemeinschaftsarbeit etwas zusammen hergestellt. Eine andere Form ist die „Solidarische Ökonomie“ wie zB direkte Verbraucher-Erzeuger-Beziehungen mit garantistischem Charakter: Unabhängig von der Ernte/ der betrieblichen Performance wird ein bestimmter monatlicher Betrag gezahlt. Die Beziehung Erzeuger-Verbraucher wird aus dem Markt herausgelöst.
- „Partizipativer Sozialismus“ besteht, wenn unmittelbare gesellschaftliche Partizipation mit staatlicher Planung verbunden wird, etwa bei partizipativer Haushaltsplanung oder der Gestaltung von Institutionen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Ein Grundeinkommen stellt ein gastliches Umfeld für alle diese drei Pfade gesellschaftlicher Ermächtigung dar, die mit stärkerer Partizipation verbunden sind, da es den Einzelnen Zeitressourcen gibt. „Sozialwirtschaft“

mit Gemeinschaftsarbeit benötigt weitaus mehr Zeit für Entscheidungsfindung, Koordination, Produktion und Allokation als für die Standard Markt-Variante „Geld verdienen und einkaufen“ nötig wäre. Das gleiche gilt für die Organisierung direkter Reziprozität im Rahmen von „Solidarischer Ökonomie“, denn auch hier handelt es sich um das Aushandeln und Pflegen von sozialen Beziehungen. Dieser zeitintensive Vorgang vervielfältigt sich, umso mehr Produktions- und Dienstleistungsfelder auf diese Weise organisiert werden.

Auch die Mitbestimmung im „sozialen Kapitalismus“ (in Kooperativen) oder im „partizipativen Sozialismus“ (bei der Gestaltung von öffentlichen Gütern) erfordert enorme Zeitaufwände wenn sie wirklich ernst gemeint ist.

#### **IV Von realutopischen Inseln zur politischen Durchsetzung**

Umfragen ergeben regelmäßig, dass etwa die Hälfte der Befragten für ein universelles Grundeinkommen plädieren. Nichtsdestotrotz steht eine Einführung nicht auf der Tagesordnung. Von den größeren Parteien traut sich keine, für eine Einführung zu plädieren, allenfalls positive Bezugnahmen zur Idee generell, die weiter zu diskutieren sei, finden sich in einigen Programmen und Aussagen. Zu groß ist die Furcht von PolitikerInnen und BürgerInnen vor unüberblickbaren Folgen einer großen Reform, mit dem sich die gesamte Architektur der Erwerbsarbeit, ihr Umfang, ihre Struktur, ihre Kultur, ihre Preise etc. ändern würde. Daher ist es wahrscheinlich, dass der Weg zum Grundeinkommen sich nur über kleinere Schritte vollziehen können.

Eine schrittweise Einführung ist ein möglicher Weg, weil das Grundeinkommen eine Realutopie darstellt. Von einer realen Utopie (im Unterschied zur reinen Utopie) kann, Wright folgend, dann gesprochen werden, wenn bereits heute Ansätze dieser Utopie zu sehen sind: Praktiken, noch auf Nischen beschränkt, die aber bei entsprechender politischer Dynamik Raum greifen und Teil einer neuen hegemonialen Struktur werden können. In erster Näherung gibt es zwei Bereiche, in denen das Bedürfnis nach guter, aber eben zeitintensiver Arbeit heute schon (stärker) verwirklicht wird:

Zum einen dort, wo Menschen aufgrund von finanzieller externer Absicherung/Unterstützung durch Rente, Partner, Erbe ihr „Ding“ mit Liebe

und viel Zeiteinsatz jenseits von Anforderungen an Rendite und Arbeitsproduktivität (gemessen als Output pro Zeiteinheit) entwickeln: ihre sozialen Projekte, ihre kleinen Läden, ihre originären Produkte oder Dienstleistungen. Menschen tun dies, obwohl sie es nicht ökonomisch nötig haben, offensichtlich um ihrem Bedürfnis nach Zeitstruktur, Selbstwirksamkeit, sozialer Anerkennung und Resonanz mit der sozialen und dinglichen Welt zu entsprechen.

Zum anderen gibt es wirtschaftliche Akteure mit hohen fachlichen und ethischen Ansprüchen, die sich für ihre Waren und Dienstleistungen mehr Zeit lassen, sie aber dennoch zu durchschnittlichen Preisen verkaufen, also letztlich Einkommensabstriche akzeptieren. Es sind häufig Solo-Selbständige oder selbstverwaltete Betriebe, für die gute, Sinn stiftende Arbeit, die nur in Ruhe gemacht werden kann, zentral ist.

Mit Hilfe von grundeinkommensähnlichen Bedingungen können sich diese Nischen verbreiten und Menschen erfassen, die bisher jenseits solcher Bereiche lebten. Dies zeigen Porträts von Menschen, die für ein Jahr ein Grundeinkommen im Rahmen einer Verlosung des Vereins „Mein Grundeinkommen“ bekommen haben (Bohmeyer/ Cornelsen 2019). Die meisten Interviewten beschreiben, dass das Wichtigste für sie nicht das zusätzliche Geld selber war, sondern der Impuls, darüber nachzudenken, was sie mit dieser Situation sinnvoll anfangen könnten und dass dies eine Veränderung ihrer Lebenseinstellung zur Folge hatte.

Allgemein gesprochen geht es darum, denen, die noch habituell in der Tretmühle harte Arbeit – verheißungsvoller Konsum – harte Arbeit verfangen sind, die Gelegenheit zu geben, durch solche Schlüsselerfahrungen zunächst einmal gedanklich daraus auszubrechen. Die bestehende Struktur der Erwerbsarbeit und die diese formenden Bedingungen können dann in der Folge stärker als heute als veränderungsbedürftig wahrgenommen werden. Ein Grundeinkommen erfährt dadurch möglicherweise höhere Zustimmung auch aus Gesellschaftsschichten, die die gegenwärtige Kopplung von Erwerbsarbeit und Einkommen heute noch relativ unhinterfragt akzeptieren und basalen Änderungen der Anreizstruktur für das Arbeiten durch ein Grundeinkommen daher skeptisch gegenüberstehen.

Solche Schlüsselerfahrungen können massenhaft schon vor der Verwirklichung des großen Sprungs „Volles Grundeinkommen“ gemacht werden durch erste prototypische Schritte in die Richtung einer Entkopplung von Tätigkeit und Erwerb wie ihn zum Beispiel das Recht auf eine bestimmte Anzahl Sabbat-Jahre im Leben darstellen würde. Denkbar ist zum Beispiel,

dass jeder sich für drei Jahre irgendwann innerhalb seines erwerbsfähigen Alters (zB von 20 bis 65 Jahren) ein Grundeinkommen auszahlen lassen kann. Den Zeitwohlstand dieser Jahre werden viele nutzen, um endlich einmal den Laden, das Produkt, das Projekt zu beginnen, welches sie schon immer einmal machen wollten. Dies kann ihre erwerbszentrierte Vorstellung sinnvollen Tätigseins verändern.

Dadurch wiederum steigt der Rückhalt für politische Kräfte, die weitere Schritte in Richtung eines vollen Grundeinkommens auf ihrer Agenda haben. In den Blick genommen werden sollte aber nicht nur eine Zustimmung, die motiviert ist durch das eigene unmittelbare Bedürfnis nach authentischerer Arbeit.

Eine Änderung der Arbeitsverhältnisse ist zentral auch aus dem Blickwinkel der Zurückdrängung einer imperialen Lebensweise (Brandt/Wissen 2017), der systematischen Externalisierung der Folgen des eigenen nordwestlichen Überkonsums im Rahmen von Klimagerechtigkeit. Wer sich in dem zentralen Lebensbereich der Erwerbs-Arbeit nicht ausreichend entfalten kann, neigt eher zu kompensatorischem Konsum („Jetzt leiste ich mir mal etwas“), ohne Rücksicht auf dessen Folgen für den ökologischen Fußabdruck, auf dessen Folgen für andere. Mehr „Sein“ in der (Erwerbs-)Arbeit hat nicht nur eine Wirkung auf den individuellen direkten Beitrag zum klimapolitischen Ziel „Imperiale Lebensweise abschaffen“. Es ist auch eine Voraussetzung für die Akzeptanz gesamtgesellschaftlicher Ziele und entsprechender Politiken überhaupt wie etwa eine entschlossene Klimapolitik. Hier sind also Allianzen mit der kapitalismuskritischen Climate Justice Bewegung möglich, wenn auch dort eine Parteinahme für ein universelles Grundeinkommen dort keineswegs als einziger Weg zu weniger entfremdeten Arbeitsverhältnissen angesehen werden dürfte.<sup>4</sup>

Aber auch die weniger kapitalismuskritischen Teile der Klimabewegung kommen als Unterstützer in Betracht. Gerade die Konzeption eines Grundeinkommens als „Ökologisches Grundeinkommen“, d.h. seine (wesentliche) Finanzierung aus Öko-Abgaben auf problematischen Ressourcenverbrauch wie etwa CO<sub>2</sub>-Steuern bzw. Einnahmen aus Erlösen von Emissionshandelssystemen, eröffnet die Möglichkeit einer Koalition der Grundeinkommensbewegung mit denjenigen Teilen der Klimaschutzbewegung, die ökonomischen Instrumenten der Umweltpolitik

---

<sup>4</sup> Vgl.z.B: .I.L.A. Kollektiv 2019

positiv gegenüberstehen. Ein Ökologisches Grundeinkommen ist im Prinzip nur eine größere Variante des „Energiegelds“, der paritätischen Pro-Kopf-Rückerstattung von CO<sub>2</sub>-Abgaben, welches etwa die Grüne Partei in Deutschland in ihrem Wahlprogramm hat. In der jetzt diskutierten Höhe hätte dieses „Mini-Öko-Grundeinkommen“ zwar noch keine Wirkung auf veränderte Optionen auf mehr Sein in der (Erwerbs-)Arbeit, aber es könnte ein Türöffner für die Akzeptanz des Prinzips der bedingungslosen Auszahlung an alle, der Entkopplung von Arbeit und Einkommen sein.

## Literatur

Blaschke et al (Hg.) 2010: Grundeinkommen. Geschichte - Modelle – Debatten. Berlin

Bohmeyer, Michael/ Cornelsen, Claudia 2019: Was würdest du tun? Wie uns das bedingungslose Grundeinkommen verändert. Berlin

Brand, Ulrich/ Wissen, Markus 2017: Imperiale Lebensweise. München

Fromm, Erich 1979: Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, München

Hartmut Rosa, Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik, Frankfurt/M. 2012.

Honneth, Axel 1992: Kampf um Anerkennung. Frankfurt.a.M

I.L.A. Kollektiv 2019: das gute Leben für alle. Wege in eine solidarische Lebensweise. München

Wright, Erik Olin 2017: Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Frankfurt.a.M